

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

15.8.1925 (No. 187)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14.
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. S.
E. A. Seyfried
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Zeile, Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Rasterabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind Bezahlung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druck- sachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanweiser für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Gesamt-, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Neue polnische Kriegs- rüstungen gegen Deutschland

Von gut unterrichteter Seite hören wir aus Polen: Wohl kaum in einem anderen Land ist man so emsig bemüht, die militärische Ausbildung nach jeder Richtung auszugestalten, wie in Polen. Die finanziellen Kräfte des Landes werden in ausgedehntem Maße für diesen Zweck herangezogen. Allein 40 Prozent des Budgets sind für Militärausgaben bestimmt.

Trotzdem erscheinen dem polnischen Imperialismus die bisherigen Maßnahmen als nicht ausreichend. Zur Verstärkung der vorhandenen Positionen und zur Gewinnung neuer Grenzen bis zur Ostsee und zur Obergrenze bedarf es eingehender Verbesserungen und Ver- mehrung der bisherigen Rüstungen. Der polnische General der Artillerie, Josef Burchardt, fordert, solange die feindlichen „ungünstigen Grenzen“ Polens bestehen, eine Befestigungsanlage sowohl für das ganze polnisch-ober- schlesische Gebiet — damit die kriegsflüchtigen Deutschen nicht etwa binnen 6 Stunden das größte polnische Koh- lengebiet besetzen und die wichtigen Eisenbahnlinien Krakau—Posen und Krakau—Warschau abschneiden können, als auch für das Stordorgebiet. Der ganze Weichsel- abschnitt von Thorn bis zur Ostsee soll zur stärksten Befestigungsstellung der Welt gemacht werden.

Das gesamte Schul-, Hochschul- und Seminarwesen wird in den Dienst der militärischen Bewegung gestellt. Um ein Beispiel zu nennen: die Schüler des Gym- nasiums in Grajewo, Jünglinge im Alter von 16 bis 18 Jahren, werden wöchentlich 3 mal von einem Offizier in der Kaiser- des Schützenregiments militärisch, haupt- sächlich im Exerzieren und Schießen, ausgebildet. Durch Schaffung großer Organisationen, denen man staatsfrem- de, besondere Vorteile gewährt (Eisenbahnfahr- karten usw.) und durch Angliederung von Jugendorgani- sationen an die bestehenden Kampfverbände des West- markenvereins der Sokol- und Injurgentenverbände und der Verbände der Kollersoldaten sorgt man für die Ver- breitung der Militarisierungsidee. Durch Uniformie- rung, Abzeichen usw. sucht man der Bewegung auch einen äußeren Reiz zu geben.

Geradezu unerhört ist es, daß die polnische Geistlich- keit zum Teil regen Anteil an diesen Vorbereitungen nimmt. Der „Kurier Polski“ berichtet von einem Geist- lichen Adamski, der eine zündende Rede auf den pol- nischen Militarismus hielt. Die sämtlichen Prediger- seminare müßten, wie er meint, auch in die militärische Ausbildung mit einbezogen werden, wie dies z. B. in Bloclawek der Fall sei.

Aber die Ausbildung und militärische Vorbereitung der männlichen Bevölkerung genügt den Polen noch nicht einmal! In Warschau haben die Frauenvereine gemein- sam mit einem Delegierten des polnischen Kriegsmini- sterials vor kurzer Zeit die Grundlage für die mili- tärliche Ausbildung der Frauen und Mädchen festgelegt.

Wie im vergangenen Jahr, so wird auch in diesem Jahr das polnische Kriegsministerium Sommerlager für die Schultruppe aller Organisationen, die militärisch exerziert werden sollen, errichten. Es sind 12 Sommer- lager für je 100 Teilnehmer vorgesehen, darunter 6 Lager für die Schuljugend, 1 Lager für Akademiker, 2 Lager für Fernsprechleute, Lager für Lehrer usw. Die Lager werden zum Teil an der See, zum Teil im Gebirge eingerichtet. Als Dauer für die Lagerzeit sind 6 Wochen, gerechnet ab Juli, vorgesehen. Die Teilnehmer werden völlig militärisch eingekleidet und verpflegt werden; die Unterbringung erfolgt in Zelten. Die Kosten für Hin- und Rückreise trägt das Kriegsministerium.

Zur Schulung des Offiziersnachwuchses sind in Polen, ähnlich den ehemals königlich preussischen, sächsischen und bairischen Kadettenkorps, polnische Kadettenkorps einge- richtet worden; eins befindet sich in Lemberg, eins in Modlin, das dritte in Rawitsch. Also je eins in Galizien, Kongreßpolen und im früher preussischen Teilgebiet, letz- teres unmittelbar an der sächsischen Grenze.

Die Grenzbahnhöfe, insbesondere an der polnisch-ober- schlesischen Grenze, werden ausgebaut. Polnische Offi- ziere gemeinsam mit Telegraphen- und Eisenbahnbeam- ten nehmen Vermessungen an der Grenze vor; Tele- graphenleitungen werden nach militärischen Gesicht- punkten umgelegt. Flugplätze in der Nähe der deutschen Grenze werden vermessen und zum Teil fertig eingerichtet. Grenzsperrn an vielen Stellen in bisher noch nirgends bekannter Weise errichtet, Grenzgräben werden gezogen

und ein breiter Streifen des Grenzgebietes für die Grenzpatrouille eingerichtet.

In Verbindung damit ist folgende Meldung von In- teresse, welche die Pariser „Humanität“ im vorigen Monat gebracht hat.

Am 3. Juli ist aus Cherbourg der Dampfer „Wartba“ abgegangen, voll beladen mit Munition für Polen, außerdem einer großen Anzahl Witrailleurten und 5 Flugzeugen. Außerdem ist ein bestimmter Teil des Hafens von Cherbourg als Basis für Kriegsmaterial für Polen eingerichtet worden. Seit einigen Tagen kommen dort in großen Mengen Munitionswagen und Kanonen der Schneiderischen Fabriken an.

Ein Erfolg amerikanischer Kulturpolitik in Ostasien

Aus Schanghai wird uns geschrieben: Das Bestreben Nordamerikas, sich in Wirtschaft, Schif- fahrt und politischem Leben Ostasiens eine einflussreiche Stellung zu verschaffen und diese mit allen Mitteln aus- zubauen, zeigt sich aufs neue in der Durchführung des Planes, Schanghai mit einem seiner Größe entsprechen- den, für ausländische junge Leute bestimmten Heim der Young Men's Christian Association zu bedenken. Da der Plan bereits seiner Verwirklichung nahe gekommen ist, dürfte es von Interesse sein, auf das Unternehmen, das trotz aller unter Hinweis auf den internationalen Charakter der Young Men's Christian Association vor- gebracht gegengründe in das Kapitel amerikanischer Kulturpolitik gehört, einen prägenden Blick zu werfen.

Dem Ausschuss, der die Campagne zur Aufbringung der erforderlichen Mittel betreibt, gehören außer den amerikanischen Mitgliedern auch englische an. Die Auf- gabe dieses Ausschusses ist von vornherein erheblich durch den Umstand erleichtert, daß auf den aufzubrin- genden Gesamtbetrag von 750 000 Taels der frühere amerikanische Gesandte in Peking Charles R. Graue, und der hiesige amerikanische Reeder Robert Dollar bereits je 50 000 Taels gezeichnet haben, und ferner das Internationale Komitee der Young Men's Christian As- sociation einen Baubetrag in Höhe von rund 443 000 Taels in Aussicht gestellt hat, wenn in Schanghai bis zum 31. Juli dieses Jahres rund 200 000 Taels zusam- mengebracht sind. Die bisherigen, einige Jahre zurück- liegenden Bemühungen der interessierten Kreise haben es bereits ermöglicht, den Erwerb einer Bauparzelle in günstiger Lage, die etwa 10 000 Taels kosten wird, fests zu stellen. Der Bau selbst wird auf rund 540 000 Taels, die Einrichtung auf etwa 100 000 Taels geschätzt.

Die gesamte in englischer Sprache erscheinende Presse Schanghais unterstützt auf das lebhafteste die Propa- ganda des Ausschusses. Es ist nicht ohne Reiz, dabei festzustellen, daß die Grundidee der Young Men's Christian Association, die Belebung des christlichen Gedankens, kaum berührt wird und vor den „weltlichen“ Vorteilen, welche die neue Einrichtung bieten würde, ganz in den Hintergrund tritt. Die neue Gründung wird in jedem Falle eine nachdrückliche Unterstützung amerikanischer Kulturpolitik bedeuten und der Verbrei- tung amerikanischer Ideen, vielleicht auch amerikanischer Religiosität, in beachtlicher Weise förderlich sein.

Aber die Reisepläne des Reichspräsidenten in der nächsten Zeit teilt W.D. mit: Der Reichspräsident wird im Anschluß an eine Besichtigung der Truppen der zweiten Division bei Übungen in Mecklenburg am 13. September der mecklen- burgischen Regierung in Schwerin einen Besuch abstatten. Er beabsichtigt ferner, in nächster Zeit die sächsische Regierung in Dresden aufzusuchen. Ein Zeitpunkt für diesen Besuch steht noch nicht fest. Voraussichtlich in der zweiten Septem- berhälfte wird der Reichspräsident in Begleitung des Reichs- kanzlers und einiger preussischer Minister das Einbruchgebiet nach seiner endgültigen Klärung, und zwar wahrscheinlich die Städte Bochum und Essen besuchen.

Der preussische Staat und die Stinneszeitungen. Zu den in der letzten Zeit auftretenden Gerüchten, daß sich der preussische Staat für die Presseunternehmungen des Stinnes- konglomerats interessiere, weiß der „Votanzanzeiger“ mitzuteilen, daß der preussische Staat keineswegs geneigt sei, Zeitungen, etwa die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu erwerben. In den Kreisen der preussischen Staatsregierung glaubt man, durch die Organisation des amtlichen preussischen Pressebüros ge- nügend vertreten zu sein. Tatsache sei jedenfalls, daß auch die „A. D. Z.“ zum Verkauf steht. Nur seien bisher zu geringe Kaufsummen angeboten worden, u. a. von einem großen rechtsstehenden Berliner Verlag.

Politische Neuigkeiten

Zur französischen Antwortnote

Außenminister Briand übermittelte, wie aus Paris ge- meldet wird, der belgischen und der italienischen Regierung die französische Antwortnote an Deutschland. Briand reiste dann in die Bretagne, wo er einen Erholungsaufenthalt von einigen Tagen nehmen wird.

Die Schriftstücke dürften schwerlich vor Ende der nächsten Woche in Berlin eintreffen. Der Reichskanzler und der Reichs- außenminister haben daher Berlin Freitag abend verlassen. Dr. Luther wird nach Pöhl, Dr. Stresemann nach Nordernach fahren. Nach Eintreffen der Note würden die beiden Mini- ster nach Berlin zurückkehren.

In einem Leitartikel schreibt „Daily News“, der Wert des Paktens, wenn er irgendwelchen Wert haben sollte, werde darin bestehen, daß endlich angemessene freundschaftliche Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland hergestellt werden. Dies sei das Ziel, das Dr. Stresemann gestellt werde. Dies sei auch der einzige Grund, weshalb England überhaupt irgend etwas mit einer Vereinbarung dieser Art zu tun haben wolle. Wenn es möglich sei, auf diese Weise diesen unerbittlichen Streit zu beenden, so müße es England unter allen Um- ständen tun. Daily News ist jedoch der Ansicht, daß die Be- sprechungen zwischen Chamberlain und Briand dieses Ziel an- scheinend nicht im Auge gehabt hatten. Sie hätten nicht die Freundschaft vorausgesetzt, sondern unbeschränkt fortgesetzten Argwohn und Feindschaft zwischen Frankreich und Deutsch- land. Tatsache sei, daß England nur wenig von sich aus tun könne, um die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutsch- land, deren Bestätigung der Pakt sein würde, zu fördern. Für die wirkliche Förderung der Politik, falls dieses sein Ziel sei, hätte Briand nicht nach London, sondern nach Berlin gehen müssen.

Der polnische Außenminister Strzinski, der in Paris weilte, erklärte danach einem Vertreter des Petit Parisien: Mit Polen ist über die Sicherheitsfrage noch nicht verhandelt worden. Man hat uns jedoch über alles unterrichtet, was bis jetzt ge- schehen ist. Um eine spätere unangenehme Diskussion zu ver- meiden, müße man die Frage des rheinischen Paktens mit der Frage der östlichen Schiedsgerichtsverträge verbinden, um klar zu beweisen, daß der rheinische Pakt nicht einen eisernen Vorhang bilden darf, der Frankreich von seinen polnischen und tschechischen Alliierten trennt. Wenn jemals der Rhein ange- griffen würde, dann würden nach den französischen Soldaten die polnischen Soldaten die ersten sein, die Frankreich zu Hilfe kommen würden. Entweder ganz Europa wird befreundet oder es gibt für Niemanden eine Sicherheit.

Die deutsch-französische Grenzregelung

Der am 13. April dieses Jahres paraphierte Vertrag über die Festsetzung der deutsch-französischen Grenze ist Freitag nachmittag in Paris von dem deutschen Vorkanzler von Hoeft und dem Wirklichen Legationsrat Freiherr von Grünau so- wie von dem Direktor der wirtschaftlichen und politischen Ab- teilung im französischen Ministerium für Auswärtige Ange- legenheiten Paroché unterzeichnet worden. Der Vertrag legt das Ergebnis der von den Grenzkommissionen vorgenommenen Vermessungs- und Vermarkungsarbeiten fest sowie genaue Vorschriften für die Unterhaltung der Grenze, um Grenz- zwischenfälle zu verhüten.

Abgesehen von dem Austausch einiger Gebiete von ge- ringfügigem Ausmaß, der aus praktischen Rücksichten für an- gezeigt gehalten wurde, erleidet die Landesgrenze keinerlei Veränderungen gegenüber dem Zustand von 1871, die durch den Vertrag von Versailles wiederhergestellt worden ist. Längs des Rheines hebt der Vertrag die alte Eigentums- und Bann- grenze auf, die vor 1871 neben der Hoheitsgrenze bestand, und bestimmt, daß die Grenze der französischen Gemeinden, die auf dem rechten Ufer Gemeindegrenzen besitzen, nicht über die Hoheitsgrenze hinausreicht. Andererseits legt der Vertrag die Rechte und Vergünstigungen fest, die diese Gemeinden bei der Bewirtschaftung ihres auf deutschem Gebiete gelegenen Grundbesitzes genießen sollen. Eine Reihe von Artikeln be- handelt die Rheinbrücken, die nach dem Versailler Vertrag Eigentum des französischen Staates geworden sind. Bei den festen Rheinbrücken geht die Hoheitsgrenze durch die Mitte der Gesamtlänge aller Hauptstromöffnungen. Bei den Schiffsbrücken verläuft sie in gleichem Abstand von den Außenrändern der auf beiden Ufern gelegten Landsschwellen. In einzelnen wird festgesetzt, in welcher Weise auf den öst- lichen Brückenhälften das deutsche Hoheits- und das franzö- sische Eigentumsrecht nebeneinander zur Geltung kommen sollen. Im Interesse ruhiger und freundschaftlicher Bezie- hungen der Grenzbevölkerung beider Länder werden diese in einer Reihe von Bestimmungen besondere Erleichterungen gewährt.

Gleichzeitig mit dem Abschluß des Grenzvertrages ist vereinbart worden, daß die deutschen Staatsangehörigen, die auf französischem Gebiet in einer Zone von fünf Kilometern längs der Grenze land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz haben, am ersten November dieses Jahres in ihr Eigentum recht wiedereingekauft werden. Diese Wiedereinkaufung erstreckt sich nicht auf den Liquidierungsgrundbesitz und auf solchen öffentlich-rechtlichen Charakter.

Zusammentritt des auswärtigen Ausschusses. Wie der „Tägl. Rundschau“ zufolge in parlamentarischen Kreisen ver- lautet, soll der auswärtige Ausschuss des Reichstages zwischen dem 18. und 22. August zur Besprechung der Antwortnote über den Sicherheitspakt einberufen werden.

Mit der Beilage: 43. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Lage des Ruhrbergbaus

Die rechtsstehende „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht einen beachtlichen Artikel über die Ruhrkohlenkrise, in dem sie erklärt, daß der Ruf nach Staatshilfe notwendig versagen müsse. Die Hilfsmaßnahmen, die in der Denkschrift der Bergbau-Verbände verlangt würden, könnten nicht viel nützen und könnten angesichts der Wirtschaftslage ernsthaft auch gar nicht gewährt werden. Dann sagt das Blatt:

„Was der Bergbau braucht, ist Abbau und Umbau zugleich. Die übliche Syndikatspolitik ist unfähig, dies starke Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage auszugleichen; es wird jetzt, da Deutschland an den Weltmarkt angeschlossen ist, dauernd sein. Die alten, kleinen und leistungsschwachen Becken müssen restlos stillgelegt werden; nur die besten dürfen mit ihren Kosten den Kohlenpreis bestimmen. Die Preispolitik muß endgültig jenes Kartellprinzip, wonach die höchsten oder die Durchschnittspreise den Verbandspreis bestimmen und die besten Betriebe einen besonderen Differentialgewinn erzielen, aufgeben. Aber selbst das wird vorläufig nicht genügen. Man wird dazu übergehen müssen, auch den durch das Subsidat gesicherten Inlandsmarkt bewußt mit Verlust zu beliefern, um den Verbrauch anzuregen. Für den Umbau des Bergbaus ist ausschlaggebend die Investierung von Erfindungsgeist. Das Bergmännische Verfahren, aus Kohle Öl zu gewinnen, bezeichnet die Wegart für diesen Entwicklungsprozeß, der sich aufdrängt und dem Bergbau keineswegs noch einige Jahrzehnte Zeit lassen wird, wie es manche Vergleiche annehmen. Die Einleitung sowie die folgerichtige und elastische Durchführung dieses Geseßesprozesses ist im wesentlichen Sache der Führung.“

Die Herabsetzung der Umsatzsteuer

Das Gesetz zur Änderung der Verbrauchssteuern und das Gesetz über die Zolländerungen sehen folgende Wänderungen auf dem Gebiete der Umsatzsteuer vor:

1. Mit Wirkung vom 1. Januar 1925 sind Privatgelehrte, Künstler und Schriftsteller von der Umsatzsteuer befreit, sofern die steuerpflichtigen Umsätze im Kalenderjahr den Betrag von 6000 Reichsmark nicht übersteigen. Vom gleichen Zeitpunkt ab sind ferner von der Umsatzsteuer befreit Handlungsagenten und Makler, sofern die steuerpflichtigen Umsätze im Kalenderjahr den Betrag von 6000 Reichsmark nicht übersteigen. Diese Befreiung setzt aber voraus, daß die Handlungsagenten und Makler Bücher führen.

2. Mit Wirkung vom 1. August 1925 wird die Verbergerungs-, Verwahrungs-, Meisterei- und Anzeigensteuer aufgehoben. Die bisher diesen erhöhten Steuern unterliegenden Leistungen sind vom 1. August 1925 ab zu den Sätzen der allgemeinen Umsatzsteuer steuerpflichtig.

3. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 wird der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer von 1½ auf 1 Prozent, der Satz der Hersteller- und Kleinhandelssteuer von 10 auf 7½ Prozent herabgesetzt. Die auf 1 und 7½ Prozent gesenkten Sätze der allgemeinen Umsatzsteuer und Hersteller- und Kleinhandelssteuer haben die Monatszahler erstmals bei den Umsatzsteuervorauszahlungen im November 1925 und die Vierteljahreszahler erstmals bei den Umsatzsteuervorauszahlungen im Januar 1926 zugrunde zu legen. Bei den im August, September und Oktober 1925 zu leistenden Umsatzsteuervorauszahlungen haben die Monats- und Vierteljahreszahler die Steuer in Höhe von 1½ bzw. 10 Prozent zu entrichten.

4. In den Übergangsbestimmungen wird in entsprechender Weise wie bei den Ermäßigungen der Umsatzsteuer im Jahre 1924 ein zivilrechtlicher Anspruch auf Preisnachlass in Höhe der Steuerermäßigung für Leistungen aus Verträgen gewährt werden, die vor dem 15. August abgeschlossen wurden, aber erst nach dem 30. September 1925 ausgeführt werden.

Der Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes

Das Reichskabinett hat den bereits vor zwei Jahren einmal vorgelegten Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes, der damals aus Erparnisgründen zurückgestellt wurde, kürzlich angenommen. Der Entwurf geht nunmehr an den Reichstag und den Reichswirtschaftsrat und wird vermutlich im Reichstag nach den Parlamentsferien erledigt werden. Er zeigt im wesentlichen keine Veränderung gegenüber seinem Vorgänger.

Der Entwurf sieht vor, daß in Zukunft bei allen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Entscheidung der Arbeitsgerichte anzurufen ist, die als selbständige Gerichte im allgemeinen für den Bezirk eines Amtsgerichts errichtet werden sollen. Das Gericht erster Instanz ist besetzt mit einem ordentlichen Richter als Vorsitzenden und je einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer als Beisitzer. Die Berufungsinstanz ist das Landesarbeitsgericht, das beim Landgericht eingerichtet wird. Revisionsinstanz ist das Reichsarbeitsgericht beim Reichsgericht. Die Besetzung für beide Instanzen ist dieselbe wie die des Gerichts erster Instanz. Das Verfahren wird angeglichen dem Verfahren vor den bisher zuständigen Gewerbe- und Kaufmännischen Gerichten und ist nach dem Grundsatz möglicher Einfachheit und Beschleunigung zu betreiben. In der Regel sollen alle Streitigkeiten bereits in der ersten Instanz endgültig entschieden werden und Berufungs- und Revisionsinstanz nur in besonderen Fällen angerufen werden. Wie bisher vor den Gewerbe- und Kaufmännischen Gerichten, so sind auch vor den Arbeitsgerichten Rechtsanwältin als Parteivertreter in der ersten Instanz ausgeschlossen. Dagegen sind sie in der Berufungs- und Revisionsinstanz nicht nur zugelassen, sondern die Parteien müssen sogar in diesen Instanzen durch Anwälte vertreten werden, mit der Einschränkung, daß sie im Berufungsverfahren auch durch Bevollmächtigte einer Arbeitgeber- oder Arbeitnehmer-Vereinigung vertreten werden können.

Die Zusammenstöße in Berlin

Wie die Berliner Blätter von zuständiger Stelle erfahren, erklärte der Polizeipräsident von Berlin im Zusammenhang mit den Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Schutzpolizei: Friedliche Kundgebungen aller Parteien werden von der Polizei nicht verboten oder verhindert, sondern geschützt. Die Versammlungs- oder Kundgebungsveranstalter müssen sich aber verpflichten, daß sie allen Teilnehmern die Befreiung durchsetzen. Vor allen Dingen darf eine Demonstration den regelmäßigen Straßenverkehr nicht längere Zeit hemmen. Den Anordnungen der Schutzpolizei auf Ableitung von ganzen Zügen oder Teilen derselben auf Nebenstraßen ist unbedingt Folge zu leisten. Etwaige Beschwerden unterliegen der Entscheidung des Polizeipräsidenten. Besonders hob der Polizeipräsident noch hervor, daß bei dem gezeigten Vorfälle in der Wadstraße aus einem Trupp von etwa 50 Mann, der auf die Polizei einbrach, der Ruf fiel: Auf zum Sturm, marsch, marsch!

Aus der Haft entlassen. Der Kaufmann Rudolf Schnapp, der, wie gemeldet, am vergangenen Sonntag in Berlin bei dem Zusammenstoß mit Rechtsabteilungen den Lebringer Döle durch einen Schuß getötet hat, ist Freitag vormittag auf Antrag seines Rechtsanwalts aus der Haft entlassen worden, nachdem der erste Staatsanwalt nach eingehender Prüfung des Sachverhalts zu der Ansicht gekommen war, daß die Voraussetzungen des Haftbefehls nicht gegeben sind.

Die Abfindung des braunschweigischen Herzogshauses

Die braunschweigische Regierung ist mit dem ehemaligen herzoglichen Hause wegen des Auseinandersetzungsvertrages auf Grund des vom Oberlandesgericht Braunschweig vorgelegten Vergleichsvorschlages in Verbindung getreten. Es ist ihr gelungen, die Jahresrente von 100 000 auf 75 000 Mark zu drücken. Das war jedoch nur möglich durch die Übertragung weiterer Grundbesitzes. Diese Auseinandersetzung mit dem herzoglichen Hause gestaltet sich zwar ungünstiger als der vom Landtag abgelehnte Vergleichsvorschlag vom Mai 1924. Die Regierung glaubt aber die Verantwortung für die Ablehnung einer solchen Verständigungsmöglichkeit nicht tragen zu können. Sie hat inzwischen die Zustimmung des herzoglichen Gesamthauses zu diesem Auseinandersetzungsvertrag erhalten und wird ihm den Landtag, der im September zusammentreten dürfte, vorlegen.

Die Unfälle bei der Reichsbahn. Dem Reichstag ist auf Antrag des Abg. Dr. Quast die geforderte Denkschrift über die im Reichsbahngebiet vorgekommenen Unglücksfälle jetzt zugegangen. Im Jahre 1911 sind 3171 Unfälle vorgekommen, im Jahre 1917 5446, im Jahre 1925 2580. Im Jahre 1924 wurden 361 Entgleisungen gezählt, ferner 191 Zusammenstöße und 2193 sonstige Unfälle. Die Zahl der beim Eisenbahnbetrieb Getöteten oder Verletzten betrug im Jahre 1924 2701. Durch technische Vervollkommnung des Betriebes wird versucht, Unglücksfälle möglichst zu verhüten. Der Auslese des Personals wird erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet. Die deutschen Sicherungsanlagen haben anerkanntermaßen einen sehr hohen Grad der Vollkommenheit erreicht.

Die Elektrifizierung Irlands. Die Siemens-Schubert-Werke haben vor einiger Zeit der irischen Regierung einen Entwurf für die Elektrifizierung des Freistaates Irland eingereicht. Es handelt sich hierbei um den Ausbau der Wasserkräfte des Shannon-Flusses, um die Erzeugung von etwa 90 000 PS, sowie um die Verteilung einer Energie von 288 Millionen Kilowattstunden im Jahre über das Gesamtgebiet des Freistaates. Der Ausbau der Wasserkräfte ist, wie mehrere Blätter melden, nunmehr der Siemens-Bauunion übertragen worden. — Daily Telegraph berichtet, daß die Gesamtkosten des Planes 5 200 000 Pfund Sterling betragen.

Spitzbergen norwegisches Gebiet. Die offizielle Übernahme von Spitzbergen (Spitzbergen) durch Norwegen fand, wie aus Oslo gemeldet wird, Freitag mittag in Longyearby (Abend) statt. Der norwegische Justizminister verlas eine königliche Bekanntmachung wegen der Übernahme des Landes und erklärte dann Spitzbergen sei nunmehr norwegisches Gebiet. Der Vizepräsident im Justizministerium Lassen habe den Posten als Amtsmann von Spitzbergen übernommen. Ganz Norwegen ist geflaggt. Alle Festungen feuerten um die Mittagszeit Salut. Eine Reihe von Chefs der ausländischen diplomatischen Vertretungen sprachen der norwegischen Regierung die Glückwünsche ihrer Regierungen aus.

Kurze Nachrichten

Zur Räumung des Sanctionsgebietes. Nach einer amtlichen Mitteilung des Oberbefehlshabers der alliierten Besatzungsarmee an den Regierungspräsidenten zu Düsseldorf haben die französischen und die belgische Regierung beschlossen, die Brückenköpfe Duisburg und Düsseldorf zu räumen. Die Räumung wird am 25. August 1925 um Mitternacht vollständig beendet sein. Die Grenze des besetzten Gebiets im Norden des Brückenkopfes wird in diesem Augenblick wieder an den Rhein zurückverlegt.

Wilderung der Ausweisungsbestimmungen für die deutschen Optanten. Nach in Neutun vorliegenden Meldungen aus Posen haben die Wojewoden von Posen und Pommerellen Anweisungen erhalten, daß die am 5. August ausgeprochenen Ausweisungen der deutschen Optanten vorläufig nicht zwingend vollstreckt werden sollen.

Er mordung des griechischen Konsuls in Tripolis. Nach einer Habasmeldung aus Rom ist der griechische Konsul in Tripolis im Konsulatsgebäude von einem Unbekannten durch einen Revolverbeschuß getötet worden.

Die Verflüssigung der Kohle

Der Direktor des Wülheimer Kohlenforschungsinstituts, Geheimrat Professor Dr. Fischer, eine weltbekannte Autorität auf dem Gebiete der Kohlenchemie, hat sich über die neuen Ergebnisse der kohlenchemischen Forschung (Verflüssigung der Kohlen und die Gewinnung von künstlichem, flüssigem Brennstoff ohne Verschwelung) geäußert:

Geheimrat Fischer erklärte, daß durch das neue Verfahren zur Verflüssigung der Kohle und Gewinnung künstlicher Leuchtstoffe tatsächlich die Voraussetzungen für die Umstellung der Kohlenwirtschaft auf Ölbasis vorhanden seien. Allerdings erfordert die Revolutionierung der Kohlenwirtschaft noch viel Zeit. Es sei kein Rede davon, daß die Umstellung der Kohlenwirtschaft auf Ölbasis in einigen Jahren erfolgen werde. Immerhin könnten vielleicht in 5-10 Jahren schon sehr wesentliche praktische Fortschritte erzielt werden. Inzwischen werde die Forschung die Ausgestaltung und Verbilligung der Produktion antreiben. Die Wirkungen der momentanen Weltkohlenkrise können durch das neue chemische Verfahren noch in keiner Weise beeinflusst werden, zumal allein der Bau der technischen Betriebe einige Jahre in Anspruch nehmen wird. Nach Meinung Geheimrat Fischers entspreche aber auch die jetzige Kohlenkrise dem Gesetz der Konjunkturfurten und werde einmal einer neuen Belebung des Kohlenmarktes weichen. Dringend erforderlich aber sei es, daß durch die weitere wissenschaftliche und praktische Ausgestaltung der Kohlenforschungsergebnisse Maßnahmen getroffen werden, um die Volkswirtschaft vor einer neuen Krise, wie sie durch die internationale Kohlenabknappung bedroht worden ist, zu bewahren.

Eine Erfindung der Badischen Anilin- und Sodafabrik (außer dem von uns bereits erwähnten Methanol), die in den Krefelderungen eine Rolle spielt und deren Darstellung in manchen Fällen auch nicht verständlich aufgefaßt werden kann, betrifft die Auffindung eines neuen Stoffes, der in kleinen Mengen dem Benzin zugesetzt wird und bewirkt, daß das Klopfen des Motors in Wegfall kommt. Es handelt sich hierbei um ein Produkt, das unter Umständen auch berufen sein dürfte, als Ersatz für das in Amerika zu diesem Zweck verwendete Meitradöl in Frage zu kommen, dessen Verwendung in Amerika mit Rücksicht auf seine Giftigkeit vorläufig eingestellt ist. Mit diesem neuen Produkte sollen zurzeit in Deutschland große Versuche angestellt werden, um seine Brauchbarkeit im Dauerbetrieb festzustellen. Die Verwendung dieses Produktes würde allgemein höhere Kompressionen im Motor und damit bessere Ausnutzung des Brennstoffes ermöglichen und würde damit für die Ökonomie der Brennstoffe an Bedeutung gewinnen.

Sparsamste Energiewirtschaft in städtischen Betrieben

Wenn wir die verschiedenen kommunalen Betriebe daraufhin prüfen, ob bei ihnen die Forderungen neuzeitlicher Energie- und Betriebswirtschaft erfüllt werden, begegnen wir dem wenig erfreulichen Zustande einer manchmal sehr weitgehenden Zersplitterung in einzelnen Betrieben und Unternehmen, die oftmals sogar noch in getrennten Händen liegen und somit eine einheitliche Wirtschaft und Betriebsführung erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Nur vereinzelt finden wir, als Ausnahmen, öffentlich-rechtliche Betriebe, die nach dem Grundsatz der Zusammenfassung der Energien erstellt wurden und betrieben werden.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse derartiger Unternehmungen sind demnach in der Regel wenig befriedigend und oftmals hört man Klagen über zu hohe Strompreise, zu hohen Gaspreis, zu hohe Tarife bei Verkehrsunternehmen usw., die erkennen lassen, daß die Wirtschaftlichkeit nicht voll befriedigend ist und ein Ausweg in der Tarifierung gesucht wird.

Die Zusammenfassung gibt hier mit einem Schläge gesunde Verhältnisse, schafft billige Tarife nebst einer Reihe von weiteren Vorteilen, die meistens finanziell nicht ausreichend bewertet werden, nichtdestoweniger jedoch von großer wirtschaftlicher Bedeutung sind. So ist, um nur einen Punkt der wirtschaftlichen Verbesserung herauszugreifen, z. B. in einem Falle eines Elektrizitätswerkes für eine Stadt von 30 000 Einwohnern der Strompreis von 10 Pfennig auf 2,5 Pfennig erniedrigt worden und bei einer jährlichen Stromerzeugung von 2 Millionen Kilowattstunden eine Ersparnis von 150 000 Mark erzielt worden, ganz abgesehen von den sonstigen Vorteilen der Energie-Vereinheitlichung. Wir sind heute dazu gelangt, bei jeder Neuanlage eines industriellen Unternehmens, bei jedem Umbau einer bestehenden Anlage, zunächst einen Energieplan aufzustellen, der sowohl die Energiewirtschaft der einzelnen Kräfte, Elektrizität, Wärme, mechanische Kräfte usw. wie auch die Betriebswirtschaft derselben zu einer ökonomischen und damit auch technischen Einheit zusammenschließt. Charakterisiert ist diese Zusammenfassung in der Regel durch eine Mehrfachverwertung der einzelnen Energien, soweit dies eben bei dem heutigen Stand der Technik möglich ist.

Wie sich durch einheitliche Betriebsführung auf Grund einer Zusammenfassung der sonst getrennt geführten technischen Betriebe und unter Einbeziehung der Wärmeverwertung für geeignete Anlagen, wesentliche Vorteile erzielen lassen, zeigt Ingenieur Centmaier, Rellingen, in der Zeitschrift „Wasser und Gas“ an einem typischen Fall einer mitteldeutschen Stadt von 80 000 Einwohnern. Daraus ist ersichtlich, wie der Wärmebedarf sehr leicht durch die Abwärme des Elektrizitätswerkes, in idealer Weise unterstützt durch die Abhitz der Gase der Gasfabrik, gedeckt werden kann, wobei der Pumpwerkbetrieb der Wassererzeugung, sowie die Erzeugung von Kälte in den Sommermonaten einen wirtschaftlichen Belastungsausgleich schafft. Für den Ausbau der Anlagen sind drei Abstände vorgesehen. Im ersten werden von dem entsprechend ausgebauten Elektrizitätswerk die öffentlichen Anlagen der Straßenbahn, des Gaswerkes, des Wasserwerkes, des Stadtbades, des Schlachthofes, und die Gebäude der Kirchen, Schulen und Behörden versorgt, während die Industrie zur Hälfte ihre eigenen Anlagen weiter betreibt. Im zweiten Ausbau soll die Industrie vollständig an das entsprechend erweiterte Elektrizitätswerk angeschlossen werden und nur die Haushaltungen sollen weiter Kohlen, Gas und sonstige Energierstoffe unabhängig beziehen. Im dritten Ausbau, dem Idealfall, sollen alle Wärmeverbraucher in irgend einer Weise an die Zentralerzeugung der Stadt angeschlossen sein, wobei es sich für Koch- und Heizzwecke der Haushaltungen nur noch um den Bezug von Gas, Elektrizität oder Dampf, bzw. Heißwasser, handelt.

In Steinbühlern umgerechnet verbraucht die Stadt, die als Beispiel herangezogen wurde, 50 000 Tonnen Brennstoff. Bei der allgemeinen unwirtschaftlichen Behandlung und Anlage unserer heutigen Wärmeverwertungsanlagen werden diese Kohlenmassen sehr unvollständig ausgenutzt. Etwa 75 v. H. gehen ungenutzt verloren. Rechnet man als Bezugspreis für die Tonne Kohlen 30 Mk., so sind dies rund 1,1 Millionen Mark, die im Betriebe dieser Stadt ohne volkswirtschaftlichen Nutzen bleiben. Durch Zusammenfassung der energieverbrauchenden Betriebe läßt es sich erreichen, daß nur noch 55 v. H. Verlust entsteht. Das ist gleichbedeutend mit einer reinen Ersparnis an Brennstoffkosten von 270 000 Mk. Damit sind aber noch weitere wirtschaftliche Vorteile in Zeit- und Materialersparnissen verknüpft, die nicht immer zahlenmäßig zu erfassen sind. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die von den Abgasen der Kraftwerke gespeisten Fernheizwerke.

Die Zentralheizung im Anschluß an ein Fernheizwerk bietet bedeutende Vorteile durch Ersparung von Brennstoffen, Verminderung der Rauch- und Rußplage und Verbilligung und Vereinfachung der Haushaltungsführung. Die allgemeine Verbilligung der Betriebskosten für die Erzeugung der Elektrizität, des Gases, der Versorgung mit Gebrauchswasser, der Durchführung der Verkehrsunternehmen, bringt außerdem riesige wirtschaftliche Vorteile von großer volkswirtschaftlicher und damit auch sozialer Bedeutung. Da die billigen Energien der Elektrizität, des Gases, des Wassers und besonders der Wärme steuerkräftige Unternehmen stark anziehen pflegen, so sind auch hier erhebliche Vorteile durch eine Zentralisierung der Energien zu erwarten. Die Kosten der Neuanlagen sind selbst unter den heutigen Verhältnissen der Kapitalnot nicht unerschwinglich, sie machen sich jedoch schon im ersten Betriebsjahre in der Regel voll bezahlt und es besteht somit kein Grund, in der Erwartung billigerer Kapitalien derartig geplante Anlagen zurückzustellen, oder die Planung von Neuanlagen hinauszuschieben. Voraussetzung ist natürlich, wie bei allen technischen Anlagen, daß die gesamte Planung, der Entwurf und die Bauleitung in die Hände eines sachverständigen Fachmannes gelegt werden, der, frei von Sonderinteressen, in der Lage ist, die größtmöglichen Vorteile für die Stadtverwaltung herauszuholen. R. K.

Zeitschriftenschau

Das erschienene Heft 7 der Zeitschrift „Süd-West-Deutschland“ bringt eine Auseinandersetzung mit den Gegnern des Redaktionsrats und insbesondere mit den Verfassern der Zeitschrift „Ein Mißgriff der Reichstagspolitik“. Es wird darauf hingewiesen, daß die anormalen Verhältnisse der letzten Jahre der Ruhrbelegung und auch die heutige unausgeglichenen wirtschaftliche Lage nicht als Grundlage für Berechnungen über ein Unternehmen verwendet werden dürfen, das unter Umständen erst in einem Jahrzehnt oder noch später zur vollen Auswirkung gelangt. Weitere Einwände erfahren, besonders auch in dem hier veröffentlichten Vortrag von Erzellens Peters-Berlin, Staatssekretär a. D., eine sachliche Klärung. Auch die ästhetischen Bedenken werden hier nochmals behandelt. Auch Künstler befinden sich auf Seiten der Kanalfrunde, wie dies aus einem öffentlichen Schreiben der Mannheimer Künstlervereinigung „Jügel“ hervorgeht. Die Anlage eines Stauwehres bei der Hirschgasse in Heidelberg könnte sogar die Schaffung einer neuen Schönheit für Heidelberg bedeuten.

Badischer Teil

Ausbau der Invalidenversicherung

Durch das Reichsgesetz vom 28. Juli 1925 sind die Rentenleistungen der Invalidenversicherung mit Wirkung vom 1. August 1925 ab neuerdings erheblich erhöht worden. An Stelle eines Grundbetrags von bisher 120 RM ist ein solcher von 168 RM getreten; weiter wurde der Kinderzuschuß von 36 auf 90 RM jährlich erhöht und der Steigerungssatz für die seit 1. Januar 1924 entrichteten Beiträge von 10 auf 20 vom Hundert heraufgesetzt. Die Grundbetragssteigerung erhalten auch die bisherigen Renteneempfänger ohne besonderen Antrag von der Post ausbezahlt.

Zur Deduktion dieser Mehrbeträge mußte eine Erhöhung der Beiträge vorgenommen werden, die aber erst am 28. September 1925 in Kraft tritt und im Verhältnis zur Rentensteigerung sehr gering ist. Von 28. September 1925 an sind wöchentlich zu zahlen: in der Lohnklasse 1 (=wöchentlich Arbeitsverdienst bis zu 6 RM) 25 Pf.; in der Lohnklasse 2 (=Arbeitsverdienst von mehr als 6 bis zu 12 RM) 50 Pf.; in der Lohnklasse 3 (von mehr als 12 bis zu 18 RM) 70 Pf.; in der Lohnklasse 4 (von mehr als 18 bis zu 24 RM) 100 Pf.; in der Lohnklasse 5 (von mehr als 24 bis zu 30 RM) 120 Pf.; in der Lohnklasse 6 (von mehr als 30 RM) 140 Pf. Infolge der Lohnklassenverschiebung werden künftig Wochenbeiträge der 1. Lohnklasse im allgemeinen nur noch für Lehrlinge ohne Verpflegung beim Arbeitgeber in Frage kommen. Für Versicherte, deren wöchentliches Entgelt 6 RM nicht übersteigt, sowie für Lehrlinge hat der Arbeitgeber die ganzen Beiträge, und zwar schon vom 1. August 1925 ab, zu entrichten.

Beiträge für die Zeit vor dem 28. September 1925 sind vom 15. Oktober 1925 an nach den neuen Sätzen zu leisten. Arbeitgeber, die mit ihrer Markenführung im Rückstand sind, kann daher nur dringend empfohlen werden, die Markenführung umgehend auf das Laufende zu bringen, da sie nach dem 15. Oktober 1925 keine alten Marken mehr bekommen werden.

Angestelltenversicherung

Durch das Gesetz über den Ausbau der Angestellten- und Invalidenversicherung vom 28. Juli 1925 (Reichsgesetzblatt I Seite 157) sind die Beiträge vom 1. September 1925 an erhöht worden (siehe untenstehende Tabelle). Wer nach dem 10. September 1925 noch Beiträge für die Zeit vor dem 1. September 1925 zu entrichten hat, muß nach den neuen Sätzen Zahlung leisten. Ausnahmen hiervon dürfen in keinem Falle gemacht werden.

Es empfiehlt sich daher, sämtliche Rückstände sofort zu bezahlen. Nach dem 10. September 1925 sind bei der Post nur Marken zu den erhöhten Preisen erhältlich. Ebenso werden Karcinanzahlungen, die nach dem 10. September 1925 bei der Reichsversicherungsanstalt eingehen, nur noch nach den erhöhten Sätzen angenommen.

Im übrigen dürfen auch für die Zeit vom 1. September 1925 ab die bisherigen Marken nicht mehr geklebt werden.

Für die Zeit vom 1. September 1925 an gelten folgende Beiträge:

monatlicher Entgelt		Gehaltsklasse	Monatsbeitrag
von mehr als	bis zu		
—	50 Reichsmark	A	2.— Reichsmark
50 Reichsmark	100	B	4.—
100	200	C	8.—
200	300	D	12.—
300	400	E	16.—
400	—	F	20.—

Pflicht und freiwillig Versicherte können sich jederzeit auch in den Klassen G mit einem Monatsbeitrag von 25.— Reichsmark und H mit einem Monatsbeitrag von 30.— Reichsmark freiwillig höher versichern.

Der Schiedspruch im Baugewerbe

Das im Reichsarbeitsministerium zusammengetretene Schiedsgericht fällt Freitag mittag für das Baugewerbe einen Schiedspruch, der für Facharbeiter, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter folgende Spitzenlöhne in den einzelnen Bezirken festsetzt: Berlin 1,20, 0,92 und 0,74 RM.; Provinz Sachsen und Anhalt, Magdeburg: 1,03, 0,90, 0,73 RM.; Halle (Saale) 1,01, 0,88, 0,72 RM.; Freistaat Sachsen 1,10, 0,92, 0,88 RM.; Mecklenburg 0,95, 0,82, 0,67 RM.; Kassel 1,05, 0,85, 0,85 RM.; Unterbaden 1,13, 0,89, 0,89 RM.; Oberbaden 1,10, 0,85, 0,85 RM.

Soweit die Änderungen der Ortsklassen noch strittig ist, bleibt die Verständigung den Tarifparteien überlassen. Diese Lohnregelung gilt bis 30. November 1925. Nach beiderseitiger Annahmeverklärung haben die beteiligten Parteien die Kampfmassnahmen spätestens bis zum 24. August aufzuheben. Beiderseitige Maßnahmen dürfen nicht stattfinden. Die Erklärungsfrist läuft bis 19. August nachmittags 4 Uhr.

Wiener Operette im Konzerthaus

Ein Walzertraum, Operette von Doermann und Jacobson, Musik von Oskar Strauß, ging am Donnerstag erstmalig wieder über die Bretter des Konzerthauses, von einer recht zahlreichen Hörerschaft freudig aufgenommen. Die äußere Aufmachung — Szenerie und Garderobe — muß als sehr beachtenswert bezeichnet werden und auch in gelegentlichen und dankbarer Hinsicht wäre über manches Lobenswerte zu berichten. Die Prinzessin Selene (Inge van Deer) und die Französin (Sima von Damario) fanden eine in jeder Hinsicht glückliche Verkörperung. Ebenso der Nidi (Willi Wahl). Die Karikaturen des Fürsten (Willi Staber) und des Grafen (Lorhar Domy Gzap) — beides Gestalten, die aus dem „Simplicissimus“ entsprungen zu sein scheinen — verursachten viel Heiterkeit. Die Kapelle unter Leitung von Willi Seibl tat ihr Möglichstes, um diesem hohen Lied auf die Wiener Musik und Wiener Gutherzigkeit zu besserer Wirkung zu verhelfen.

D. W.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, 8 Uhr morgens. Unter dem Einfluß des über England gelegenen Hochdruckgebietes war es gestern in ganz Baden meist heiter und trocken. Nur in Nordbaden kam es heute nacht vereinzelt zu leichten Niederschlägen. Die Temperaturen erreichten in der Rheinebene bis 28 Grad (Karlsruhe), im Gebirge bis zu 15 Grad (Feldberg). Bei den gegenwärtig vorherrschenden Nordwinden, welche feuchte Luft von Norden herankommen, wird es stellenweise, besonders im Gebirge, zu Niederschlägen kommen. Vorhersage: Zeitweise heiter, mäßig warm, vereinzelt leichte Niederschläge bei nördlichen Winden.

OB. Weersburg, 14. Aug. Im allgemein stehen die Reben befriedigend. Die letzten heißen Tage haben die Entwicklung außerordentlich gefördert, so daß sie um ca. 14 Tage weiter voran sind als im vergangenen Jahr. Besonders erfreulich ist, daß der vorhandene Traubenbestand gesund und vollkommen ist, so daß mit einem guten Herbst gerechnet werden kann, was um so notwendiger ist, als die diesjährige Obsternte keinen nennenswerten Ertrag abwerfen wird.

Gemeinde-Rundschau

Kreisrat Baden-Baden. In der Sitzung des gemischten beschließenden Ausschusses wurde beschlossen, zunächst nur das als dringend zu bezeichnende Winterkrankehaus in Pühl, nicht aber den vorgesehenen Wohnflügel im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage zu erbauen. Letzterer soll später erstellt werden.

Das städtische Gesundheitshaus

Reich, Staat und Gemeinde bemühen sich heute gemeinsam, durch eine große Zahl gesetzlicher Maßnahmen der Fürsorgepflicht zu genügen, die eine großzügige Bevölkerungspolitik aufzulegen. Noch fehlt aber bei uns der einheitliche Aufbau einer qualitativen Bevölkerungspolitik. Der am organischen Kapital der Nation interessierte Volkswirt, der sozial gestulte Arzt und der moderne Pädagoge haben hier ein reiches Feld enger Zusammenarbeit. Hier auch liegt das wertvollste Arbeitsgebiet der kommunalen Gesundheitsämter. Nicht im Betrieb einiger Fürsorgeeinrichtungen darf sich die sozialhygienische Arbeit dieser Stellen erschöpfen, sondern Aufklärung und Erziehungsarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Gesundheitswesens und der Krankenfürsorge muß durch diese Sozialverwaltungen in der Bevölkerung geleistet werden. Wie das städtische Krankenhaus die Sammelstelle wichtiger therapeutischer Maßnahmen ist, so muß mehr und mehr daneben ein städtisches Gesundheitshaus das Zentrum aller prophylaktischen und hygienischen Aufgaben werden.

Der Verwaltungsbezirk Kreuzberg der Stadt Berlin mit fast 400 000 Einwohnern besitzt, wie Bürgermeister Dr. Kahle in der „Deutschen Gemeindezeitung“ berichtet, in zentraler Lage in nächster Nähe des Urban-Krankenhaus ein Gebäude, das sich mehr und mehr zu einem solchen Gesundheitshaus, zu einer Zentrale für soziale Hygiene entwickelt. In diesem großen Gebäude sind schon jetzt eine Reihe wichtiger Fürsorgeeinrichtungen untergebracht. In der Erkenntnis, daß Krankheitsverhütung wertvoller und wirtschaftlicher ist als Krankheitsbehandlung, wollen die Bezirkskörperschaften, daß dieses Haus ganz in den Dienst gesundheitlicher, prophylaktischer Arbeit gestellt wird. Alle Fürsorgeeinrichtungen im Kampf gegen Säuglings- und Kindersterblichkeit, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus und sonstige gesundheitliche Schäden sollen hier zusammengeführt werden. Besonders soll aber auch die hygienische Volksaufklärung hier in großem Umfang eine Lehr- und Lernstätte erhalten.

Der große Kapellenaal dieses Gebäudes nebst zwei anstößenden kleineren Sälen mit insgesamt 450 Quadratmeter wird in Kürze eine große Unterrichts- und Versammlung aus allen Zweigen der sozialen Hygiene aufnehmen. Diese Dauerausstellung wird vormittags den Schülern, nachmittags und abends der Öffentlichkeit zugänglich sein. Spezialausstellungen werden in wechselnder Folge die einzelnen Gebiete des Gesundheitswesens besonders behandeln. Führungen unter ärztlicher Leitung werden regelmäßig veranstaltet, und in einem kleinen Vortragsaal werden belehrende Vorträge und Bildungstische über alle Fragen des Gesundheitswesens gehalten werden. Die Ausstellung wird in Tafeln, Lichtbildern, Wachspräparaten und statischen Darstellungen u. a. folgende Gebiete umfassen:

Bevölkerungstatistik, berufliche und soziale Gliederung, Lebenshaltung und Ernährung, Wohnungswesen. — Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, Schulgesundheitspflege, Schulgesundheitspflege, Krüppelfürsorge. — Kinder- und Frauenarbeit, Arbeitszeit und Arbeitseffekt, Unfallverhütung, Berufsgeschäften, Berufsmotivation. — Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus, Nephropathie. — Sozialversicherung, Rentnerfürsorge, Armenfürsorge, Erwerbslosenfürsorge, Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. — Anatomie und Physiologie des menschlichen Körpers, Sport und Leibesübungen, Verehrung, Eugenik.

Für jede Abteilung der Unterrichts- und Versammlung wird, soweit vorhanden, eine Ueberricht über die gesetzlichen Grundlagen des Fürsorgewesens, über den Umfang der behördlichen und charitativen Organisationen und besonders über die im Bezirk Kreuzberg vorhandenen Fürsorgeeinrichtungen und ihre Tätigkeit gegeben. Im Vortragsaal stehen den Besuchern Zeitschriften und Bücher zur Verfügung.

R. A.

Das Haus als Fabrikware. Genau wie man heute Normentüren und Normenfenster für den Kleinwohnungsbau hat, damit eine Kulturlösigkeit im Wohnungswesen verbunherstell, ohne daß noch ein Architekt zu behaupten wage, den wäre, so wird man mehr und mehr dazu kommen, auch das Kleinhaus selbst serienmäßig anzufertigen. Außer dem Mauerwerk kann ja alles auf Vorrat angefertigt und auf Lager gehalten werden. Für den Bauherrn stellt sich die Sache dann so dar, daß man ihm die Entwürfe der geeigneten Landesentwürfe vorlegt. Auf Grund des damit verbundenen Kostenschlages für Material und Montage kann er immer wiederholt. Verzögerungen durch ausbleibende Lieferungen fallen fort. Nicht unbedenklich ist dagegen die Zurückdrängung des Architekten vom Kleinhausbau, die mit diesem Verfahren des Serien- und Typenbaus verknüpft dann das seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und seinem Geschmack entsprechende Haus auswählen. Zweifellos wird auf diese Weise, für die Regierungsbaurat Rud. Stegemann in Dresden wird, billiger gebaut werden können, als bisher. Der einheitliche Zuschnitt des Bauholzes bringt den Sägewerken Erleichterungen und gibt ihnen die Möglichkeit, in der stillen Zeit, in der erfahrungsgemäß billiger gearbeitet wird, vorzubereiten. Bei der Aufstellung des Hauses läßt sich Zeit und Lohn sparen, da sich derselbe Vorgang ja oft.

Kurze Nachrichten aus Baden

OB. Engen, 15. August. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich gestern abend auf dem Bahnhof. Der verheiratete Oberpostkassierer Jirell hatte dienlich auf dem Bahnsteig zu tun und fuhr mit einem Handwagen über das Gleis. Im gleichen Augenblick fuhr der von Frankfurt a. M. kommende Schnellzug in den Bahnhof ein. Jirell geriet unter den Zug und wurde auf der Stelle getötet. Der Verunglückte hinterläßt eine große Familie, der sich allgemeine Teilnahme zuwendet.

Heidelberg, 14. Aug. In Karlsruhe ist kürzlich im Alter von 78 Jahren die Witwe des im Vorjahre verstorbenen Generalintendanten a. D. Ezzells Albert Bürlin, des Ehrenbürgers der Stadt Heidelberg, Frau Luise Bürlin-Wolf, verstorben. Durch ihren Tod wird das Testament Albert Bürlins in Kraft treten. Wie das „Heidelberger Tageblatt“ berichtet, ist auch die Stadt Heidelberg in dem Testament bedacht, und zwar hat Bürlin für den Fall des Todes seiner Frau bestimmt, daß seine umfangreiche Privatgalerie in den Besitz seiner Vaterstadt Heidelberg übergeht. Bürlin besaß eine große Reihe wertvoller Bilder, darunter solche von Feuerbach, Hans Thoma, Trübner, Schönleber und Ferdinand Keller.

OB. Dühren (Amt Einsheim), 15. August. Hier wurde H. Bürgermeister H. Prehm zu Grabe getragen. Er stand 83 Jahre an der Spitze der Gemeinde und hat das hohe Alter von 87 Jahren erreicht. Prehm machte die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mit.

Aus der Landeshauptstadt

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus. Heute Samstag, 15., morgen Sonntag, 16. und Montag, 17. August kommt die bei ihrer Erstaufführung mit stürmischem Beifall aufgenommene Operette „Ein Walzertraum“ zur Darstellung. Die Rolle der Friederike spielt von nun an Fräulein Dorrit Meier. Am Dienstag wird die Aufführungsoperette „Gräfin Mariza“ zum 14. Male aufgeführt. Es wird neuerlich daran erinnert, daß die Sonntagsaufführung um 7 Uhr beginnt.

Auto- und Motorabswindler. Im Laufe des Monats Juli ist in Karlsruhe, Mannheim und Speyer ein Betrüger aufgetreten, der sich als Ingenieur Johann Hoazmann aus Rotterdam ausgab und auch Visitenkarten auf diesen Namen bei sich führte. In seiner Begleitung befand sich seine angebliche Ehefrau. Sie versuchten, Autos und Motorräder zu erschwindeln. Da anzunehmen ist, daß das Paar auch weiterhin versuchen wird, Autohändler zu schädigen, wird hiermit vor denselben dringend gewarnt, und das Publikum aufgefordert, beim Aufreten des Paares sofort die Polizei oder Gendarmen zu verständigen. Das Paar wird beschrieben: Mann: 1,90—1,95 Meter groß, hat langes dunkles lockiges Strohhaar, bartlos, trägt Zwicker, hellen Anzug mit ziemlich kurzer Hose. Beide sind gut gekleidet und führen holländische Käse bei sich.

Börsen und Märkte

Wochenrundschau

Börse: Das Börsenniveau hat einen Rekordtiefstand erreicht, der mehrere Tage anhielt und sich erst zum Schluß der Berichtswochen wieder etwas besserte. Der starke Druck lastete vor allem auf den Aktienmärkten und am meisten in Mitteleuropa gezogen war der Montanmarkt. Die Indexzahl für deutsche Aktien ging soweit zurück, daß sie nicht einmal mehr 70% des Standes vom Jahresanfang betrug. Eine Ausnahme bildeten nur die chemischen Werte, die eine bevorzugte Stellung wegen günstigen Exportes einnehmen. Der Hauptgrund für diese außerordentlich mißliche Veranlagung der Börse waren, abgesehen von der ungünstigen Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage, die immer noch nicht behobenen Befürchtungen über die Schwierigkeiten der Abwicklung der Stinneskredite, dann aber auch die Bestimmung über die Unrentabilität unserer Güten- und Bergwerksindustrie und die Notwendigkeit der Geldbeschaffung für große Industrieunternehmen. Verschärft wurde die Montantrise durch Gerüchte, daß England eine Ermäßigung der Kohlenpreise beabsichtige, die nicht ohne Rückwirkung auf den heimischen Markt wäre. Erst als die Großbanken aus ihrer bisherigen Zurückhaltung herausstraten und regulierend eingriffen, konnte sich die Börse wieder leicht erholen, ohne in dessen die großen Verluste der letzten Zeit auszugleichen.

Produktenmarkt: Am Getreidemarkt ist eine Abschwächung eingetreten, wobei das von jetzt an ständig steigende Angebot aus der neuen Ernte eine Rolle spielt. Außerdem sieht man vielfach das jetzige Weltmarktpreisniveau angesichts der günstigen Erntemeldungen als ziemlich hoch an. Die Schwäche hängt auch mit niedrigen ausländischen Notierungen zusammen und mit entsprechend ermäßigten ausländischen Exporten. In der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 250 (—2), per Oktober 258 (—6), Roggen 184 (—9), neue Wintergerste 198 (plus 2), Hafer 180 (—3), Mais 216 (—1) Mark je pro Tonne und Mehl 54% (— 1/2) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt: Bei den Warenpreisen sind vereinzelt Preisermäßigungen zu beobachten. So ging in Bremen der Preis für Baumwolle per September von 25,95 auf 25,25 zurück. Auf dem Eisenmarkt haben Unterbietungen die Preise ins Bantzen gebracht. Dagegen haben am Judenmarkt die Preise für Verbrauchszucker etwas angezogen. Man ist hier auf Einfuhr angewiesen, da die einheimischen Vorräte nicht ausreichen.

Viehmarkt: Auf dem Viehmarkt sind die Preise für Kühe etwas billiger geworden, dagegen teurer für Schweine, während sich bei den übrigen Schlachtviehsorten keine wesentlichen Änderungen ergaben.

Bühler Obstmarkt. Preisbericht vom 13. August. Bühler Frühweischögen 11—12 Pf., Apfel 16—18, Birnen 30—35, Mirabellen 30—40 Pf. je pro Pfund. Frühmarkt vom 14. August: Frühweischögen 12—13, Birnen 30, Apfel 14. Anfuhr für beide Märkte gering, Absatz gut. In Achern wurden am 13. August bezahlt: für Apfel 15, Frühweischögen 10 Pf. Hierzu bemerkt der „Acher und Bühler Bot“, daß die Händler konsequenterweise dem Markt fernbleiben. Ein Preis von 12, 10, ja sogar 8 Pf. pro Zentner sei mit Rücksicht auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse zu gering.

Verschiedenes

Die wiedererfundene „Maud“

Einer Blättermeldung aus Washington zufolge fing der Dampfer „Orduna“ einen Funkpruch von dem früheren Expeditionschiff „Maud“, auf. Das Schiff war im November vorigen Jahres nördlich von Sibirien festgefroren und meldet jetzt, daß es wieder freigekommen sei.

Die Opfer und die Ursache der Katastrophe von Amiens

Die Entgleisung des Schnellzuges Paris—Boulogne, die bei Amiens am Donnerstag erfolgte, hat, wie nunmehr festgestellt wird, 11 Menschenleben gefordert. Die Zahl der Schwerverletzten beläuft sich auf 70, die der Leichtverletzten auf 78. Die eingeleitete Untersuchung hat als Ursache die übertriebene Fahrtgeschwindigkeit festgestellt, mit der der Zug in den Bahnhof von Amiens einfuhr. Auch sollen in dem Schnellzug zu leichte und ausgefahrene Wagen zur Verwendung gelangt sein. Durch den schlechten Zustand der Eisenbahnschienen innerhalb des Bahnhofes von Amiens dürfte der Unglücksfall nicht veranlaßt, aber in seiner Auswirkung noch verstärkt worden sein.

Aus der Sprechstunde eines alten Arztes

Warum sind Wurmkuren so häufig erfolglos?
Eine der verbreitetsten Krankheiten unserer Kinder sind die **Madentwürmer**. Diese Würmer sind so verbreitet, daß sie von der Bevölkerung kaum noch als Krankheiten aufgefaßt werden. Und dennoch sind die Würmer vielfach schuld an der so häufigen **Unterentwicklung** unserer Kinder.

Verlässliche Mütter haben dies auch schon längst erkannt und geben sich die größte Mühe, durch die verschiedenartigsten Wurmkuren die Krankheit zu beseitigen. Aus der Menge der im Handel befindlichen Wurmmittel können wir ersehen, daß scheinbar das Idealmittel noch nicht gefunden ist. Und doch ist es möglich, Würmer schmerzlos zu beseitigen, wenn man sich nur nicht allein auf das angewandte Heilmittel verläßt.

Die Madentwürmer kriechen des Abends aus dem After des Kindes heraus und legen in der Umgebung des Afteres ihre Eier ab. Dadurch entsteht ein starker Juckreiz, und unwillkürlich kratzt sich dann das Kind. Hierbei fängt es die feinsten, gelegentlich unter die Nägel. Werden diese nicht sorgfältig mit heißem Wasser, Seife und Bürste gereinigt, so verschluckt das Kind sehr leicht diese Eier, sei es, daß es die ungewaschenen Finger in den Mund steckt oder auch nur dadurch, daß es Brot mit den im medizinischen Sinne schmutzigen Fingern, anfaßt. Erst wenn die Reinigung der Hände auf das Feinste durchgeführt ist, bietet eine Wurmkur Aussicht auf Erfolg. Zur Unterstützung empfehle ich außerdem mehrere Wochen hindurch abendlich ein großes **Milchglas** (mindestens 1 Liter) aus stark verdünnter Essigsäurelösung, möglichst kalt zu geben. Dadurch wird die Hauptmenge der Würmer mechanisch entfernt, es kriechen weniger Schmarotzer aus dem After heraus, der Juckreiz und die Schablage am After wird stark vermindert, und nunmehr ist es möglich, mit den üblichen Mitteln innerhalb längstens drei Wochen die im Darm zurückgebliebenen Würmer abzutöten.

Dr. Jaffe, Charlottenburg.

Universität Köln. Das Winter-Semester 1925/26 beginnt am 15. Oktober. Vorlesungsbeginn: 2. November. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitätssekretariat gegen Voreinsendung von 0.60 Mk. und 0.10 Mk. Porto bezogen werden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Bereinfachung der gemelderechtslichen Verhältnisse der Gesamtgemeinde Wittenhofen.

Mit Erlaß vom 30. Mai 1925 wurden mit Wirkung vom 1. April 1926 unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen vereinigt:

a) der Hauptort Wittenhofen, die Nebenorte Allmannshausen, Eggenweiler, Garresheim, Hornstein, Lellwangen, Rennwangen, Sinnenberg, Tannen und Wendlingen der Gesamtgemeinde Wittenhofen zu einer einfachen Gemeinde Wittenhofen.

b) die Nebenorte Autenweiler, Beppach, Biggenweiler unter Losrennung von der Gesamtgemeinde Wittenhofen mit der Gemeinde Vermatingen.

c) der Nebenort Kimpertsweiler unter Losrennung von der Gesamtgemeinde Wittenhofen mit der Gemeinde Obersteweiler zu einer einfachen Gemeinde Obersteweiler.

Die Vereinigungen sind rechtswirksam.

Karlsruhe, den 13. August 1925.

Der Minister des Innern

J. A. Dr. A. Jung.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufbefetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Verzeichn. des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Kriminalinspektor August Schell in Karlsruhe zum Kriminaloberinspektor derselbst, Gendarmerieoberwachmeister Ludwig Schaub in Durlach zum Gendarmeriekommissar, Kottenmeister Jakob Beisel in Heidelberg zum planmäßigen Polizeiwachmeister.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Direktor Philipp Pfeiffer an der Realschule in Forzheim zum Direktor der Oberrealschule daselbst, Professor Kurt Bühn an der Realschule in Mannheim zum Direktor an der Elisabethschule daselbst, Prof. Dr. Hermann Franz an der Fichteschule in Karlsruhe zum Direktor daselbst, Professor Dr. Kurt Jaki an der Oberrealschule in Heidelberg zum Direktor der Höheren Mädchenschule mit Mädchenrealgymnasium daselbst, Professor Fridolin Steffler am Lehrerseminar in Heidelberg zum Direktor der Oberrealschule mit Realgymnasium i. E. in Heidelberg, Professor Dr. Eugen Thoma an der Dildaschule in Forzheim zum Direktor daselbst, Professor Max Weber am Gymnasium Baden-Baden zum Direktor des Gymnasiums in Konstanz.

Schulinspektor Karl Mehl in Offenburg zum Kreisinspektor in Stodach, Hauptlehrer Oscar Hofheins in Heidelberg zum Schulinspektor beim Kreisinspektoramt Freiburg, Hauptlehrer Friedrich Künin in Segau, Amt Emmendingen zum Schulinspektor beim Kreisinspektoramt Offenburg, Hauptlehrer Josef Strobel in Karlsruhe zum Schulinspektor beim Kreisinspektoramt Heidelberg — Schulinspektion Mannheim — in Mannheim. Verwaltungsassistent Josef Wardenne beim Kreisinspektoramt Billingen zum Verwaltungsobersekretär daselbst.

Versetzt:

Kreisinspektor Karl Lauer in Stodach in gleicher Eigenschaft nach Emmendingen, Schulinspektor Karl Bed vom Kreisinspektoramt Heidelberg — Schulinspektion Mannheim — mit der Bezeichnung Rektor, als II. Beamter zum Stadtschulamt Mannheim.

Kraft Gesetzes tritt in den Ruhestand über:

Oberlaborant Karl Oser an der Lebensmittelprüfungsstation hier.

Ministerium der Finanzen

Auf Ansuchen in den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Oberregierungsrat Karl Wehne bei der Wasser- und Straßenbaudirektion.

Verstorben:

Dr. Ferdinand Stark, Präsident a. D. des katholischen Oberstiftungsrates in Karlsruhe.

Statt jeder besonderen Anzeige.

In den Bergen, wo er Erholung von unermüdlicher Arbeit suchte, verschied nach kurzem, schwerem Leiden mein geliebter Mann, unser treubesorgter Vater und Schwiegervater, unser guter Großvater

Medizinalrat

Dr. Georg Eberle

Bezirksarzt a. D.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Katharina Eberle, geb. Dörner
Else Hoepfner, geb. Eberle
Anna Paetzold, geb. Eberle
Doris Stoll, geb. Eberle
Fritz Hoepfner, Brauereibesitzer
Max Paetzold, Major a. D.
Heinrich Stoll, Universitätsprofessor
und 5 Enkel.

Karlsruhe, Konstanz, Freiburg, den 12. August 1925.

Die Feuerbestattung fand in Chur im Familienkreise statt.

Universität Köln.

Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche, Rechtswissenschaftliche, Medizinische (auch vor-klinische Semester) und Philosophische Fakultät. Handels- und Verwaltungs-Hochschulstudium. Vorlesungsbeginn: 2. November. Die Einschreibefrist läuft vom 15. Oktober bis 5. November. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitätssekretariat gegen Voreinsendung von M. 0.60 (dazu M. 0.10) bezogen werden. E. 615

Bestrafung wegen Umsatz- und Einkommensteuerhinterziehung.

Der Kaufmann August Schmitt in Karlsruhe, Kirchstraße 43, ist nach vollendeter Umsatz- und Einkommensteuerhinterziehung am 10. Juni 1925 vom Finanzamt-Stadt mit einer Geldstrafe von M. 1400.— eintausendvierhundert Reichsmark — bestraft worden. B. 509

Das Finanzamt Karlsruhe-Stadt.

Stellenauschreibung.

Beim Stadtjugendamt Freiburg i. Br. ist auf 1. Oktober die Stelle eines **Kanzleioberssekretärs** mit Bezahlung nach Gruppe VII und Aussicht auf baldige planmäßige Anstellung zu besetzen. E. 627

Es kommen nur Bewerber in Betracht, welche die Fachprüfung für die gehobene mittlere Beamtenlaufbahn (Oberssekretärprüfung, gegebenenfalls mit der Ergänzungsprüfung) abgelegt haben und möglichst schon praktische Erfahrungen auf dem Gebiete der Jugendfürsorge besitzen.

Die Anstellung erfolgt zunächst im Angestelltenverhältnis. Die Bewerbungsgesuche sind innerhalb vierzehn Tagen anher einzureichen unter Anschließ eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, in welchem auch nähere Angaben über Schul- und Berufsbildung, sowie bisherige praktische Tätigkeit und gesundheitliche Verhältnisse zu machen sind, und unter Vorlage des Nachweises der abgelegten Prüfung, sowie von lückenlosen beglaubigten Zeugnisabschriften.

Die Maul- und Klauenseuche in Jöhlingen.

Die Maul- und Klauenseuche in Jöhlingen ist erloschen; die angeordneten Schutzmaßnahmen werden aufgehoben. B. 528
Karlsruhe, den 15. August 1925. D. 3. 120
Bezirksamt Abt. IIb.

Die Maul- und Klauenseuche in Forchheim.

Die Maul- und Klauenseuche in Forchheim ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen werden aufgehoben. B. 527
Karlsruhe, den 15. August 1925. D. 3. 119
Bezirksamt Abt. IIb.

Harmonium

2 Reg. Mark 238.—
9 Reg. Mark 297.—
13 Reg. Mark 411.—

Zahlungs erleichterung

K Frankfurterstr. 948

LANG

Kaiserstr. 107. Tel. 1073
Salamander-Schuhhaus

Junge Leute

erlernen Autofahren kostenfrei. d. Stell. als Autobegleiter i. all. Provinz. b. Gehalt, Verpfleg. Später Führerschein. Viele Dankscr. Inform. u. Rat d. Auto- u. Chauffeur-Nachr. Organ d. Reichswirtschaftsbundes d. Kraftfahrzeugbesitzer e. G. m. b. H. freizeitsp. geg. Rück. verj. Chauffeur-Nachrichten, Verlin NW. 6. E. 619

Metallbetten

Stahlmatt., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R. frei. Eisenmöbelfabrik Saph (Zür.)

Institut u. Privat

Detektiv

Mannheim

O. 6. 6.

Planken 21. 47

Telephon 3505

A. Maier & Co., G. m. b. H.

Konkursverfahren.

B. 513. Oberlisch. Über das Vermögen der Firma Mittelbadische Hartseife G. m. b. H. in Hubader, Gemeinde Lautenbach, wurde heute am 13. August 1925, vormittags 8 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Gesellschaft

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus
Morgen Sonntag, 16. August, abends 7 Uhr
Die bekannte Operette
Ein Walzertraum
von Oskar Straus
Billetts von M. 1.70—6.30 bei Fr. Müller, Kaiserstr., Zigarren-Brunnert, Kaiserallee, Holzschuh, Werderstraße 48, und an der Tageskasse. E. 548
Montag 7 1/2 Uhr: Ein Walzertraum

Die unterzeichneten Banken vergüten für Einlage- (Depositen-) Gelder je nach Höhe der Beträge und Zeit der Festlegung **bis 10% Zinsen**
Karlsruhe, den 12. August 1925.
Badische Girozentrale
Zweiganstalt Karlsruhe
Baer & Elend
Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Karlsruhe
Ignaz Ellern
Veit L. Homburger
Rheinische Creditbank
Filiale Karlsruhe und deren Depositenkassen
Straus & Co.
Süddeutsche Discontogesellschaft A. G.
Filiale Karlsruhe und deren Depositenkassen
Vereinsbank Karlsruhe

Vertreter
gesucht für billige bis mittlere Damenwäsche. Ausführliches Angebot unter E. 626 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Sieben erscheint:
Adressbuch
der
Kraftfahrzeugbesitzer
Badens
Herausgegeben im Auftrag des Badischen Ministeriums des Innern auf Grund des amtlichen Materials
Preis M. 6.—
Ein vollständiges Verzeichnis sämtlicher Besitzer der Personen- und Lastkraftwagen sowie Krafttäder in Baden nach den polizeil. Kennzeichen geordnet. Bei nahezu 15 000 Kraftfahrern, deren Anschriften dieses Werk enthält, wird es bei dem schon vorhandenen regen Interesse nicht nur zu einem beliebten Nachschlagebuch, sondern zu dem Handbuch eines jeden badischen Kraftfahrers werden. Wer also den Besitzer eines Wagens, sei es wegen Schädigung, falscher Fahrt, sei es aus sportlichem Interesse, als Fachmann oder zur Werbung erfahren möchte, der bestelle das 500 Seiten umfassende Handbuch.
Ferner ist dem Buch ein reiches Adressenmaterial der Vereine, Gesellschaften und Klubs des Automobils, Krafttrad- und Fahrradspors in übersichtlicher Weise beigegeben.
Nachträge, die in kurzen Abständen erscheinen, werden das Werk immer auf den neuesten Stand bringen und ihm einen dauernden Wert verleihen.
Verlag G. Braun, Karlsruhe (Baden)

Hochbauarbeiten für ein Dienstwohngebäude für 4 Familien in Wintersdorf öffentlich zu vergeben: a) Grab- und Mauerarbeiten (roter Sandstein), b) Steinbauarbeiten (roter Sandstein), c) Steinbauarbeiten (gelber Sandstein), d) Zimmerarbeiten, e) Trägerlieferung, f) Klebearbeiten, g) Schmeldearbeiten. Pläne und Bedingungen auf unserem Hochbaubüro im II. Stod des neuen Aufnahmegebäudes Karlsruhe zur Einsicht, dort auch Abgabe der Angebotsformulare. Die Vorarbeiten kosten für a) = 1.50 Mk., für b, c, e, f, g u. h = 60 Pfg., für d = 95 Pfg. u. für i = 90 Pfg. Angebote verschlossen mit Aufschrift: arbeiten für das Dienstwohngebäude Wintersdorf, längstens bis Dienstag, 1. September, vorm. 11 Uhr, einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. B. 510 Karlsruhe, 15. VIII. 1925. Vorstand der Baubauinspekt.